

Vorwärts

Berliner Volksblatt Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preußen besteht auf seinem Recht.

Rede von Braun - v. Guérard im Reichstag.

Nach der Erledigung der Hauszinssteuervorlage, über die wir in der Beilage berichten, befaßte sich der Reichstag mit der neuen Biersteuerregelung, durch die bekaimlich Preußen benachteiligt wird. Hierzu ergreift das Wort

Preussischer Ministerpräsident Braun:

Mein Widerspruch richtet sich nicht gegen den Finanz-ausgleich sondern nur gegen die Bevorzugung anderer Länder gegenüber Preußen. Zu den gestrigen Ausführungen des Abg. Guérard verweise ich darauf, daß, wenn jetzt im voraus 50 Millionen den süddeutschen Ländern zugeführt werden, dieser Betrag nicht mehr für die anderen Reichsteile verfügbar bleibt, die somit benachteiligt werden. (Sehr wahr! links.) Der Reichsrat hat die Hilfe für die Grenzgebiete auf 30 Millionen erhöht, davon sind aber durch eine Vereinbarung der Regierungsparteien noch 5 Millionen gestrichen worden. (Hört, hört! links.) Nun hat Abg. v. Guérard bemängelt, daß im Jahre 1925 die preussische Staatsregierung 5,4 Millionen von den 75 Millionen Mark, die das Reich zur Verfügung stellte, nicht für den Zweck dieser Beihilfe verwendet habe.

Preußen hatte die Wucht und die Opfer des Ruhrkampfes fast allein zu tragen, hat aber von diesen 75 Millionen nur 30 Millionen erhalten,

wovon den Gemeinden des Ruhrkampfgebietes 25,8 Millionen zugeführt worden sind. Nur 4,2 Millionen sind in die Staatskasse geflossen zur Abgeltung der Ruhrkampfschulden, die nachweislich 50 Millionen betragen. Der preussische Finanzminister hat damals 522 000 Mark mehr für die Ruhrschäden zur Verfügung gestellt, als im Extraordinarium des preussischen Haushalts vorgesehen war. Wenn man es nicht gerade als eine Bevorzugung Preußens ansieht, daß kein Gebiet vom Ruhrkampf fast allein getroffen worden ist (Sehr richtig! links), so

verstehe ich nicht, wie man hier von einer Bevorzugung Preußens sprechen kann.

Preußen hat für die Abgeltung der Ruhrschäden, aber auch für die Befehnten und besetzten Gebiete im Westen und Osten alles getan, was in den Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit möglich war. Hätte das Reich Preußen dasselbe Entgegenkommen bewiesen, wie den süddeutschen Staaten, dann hätte Preußen noch mehr leisten können. Die gesamten Schäden Preußens durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und durch den Friedensvertrag betragen 3 1/2 Milliarden Mark, wofür das Reich bisher ganze 65 Millionen erst hat. Würde Preußen wenigstens die 40 Millionen Mark jährlich erhalten, die den süddeutschen Staaten mehr gezahlt werden, dann würden die Leistungen Preußens für die besetzten Gebiete entsprechend höher sein können. Man sollte sich doch immer vor Augen halten, daß Preußen von allen Ländern des Reiches die schwersten Kriegsschäden an Menschen, Gebiet und Vermögen erlitten hat. Keine gestrigen Ausführungen waren leblich von diesen Gedanken getragen und die preussische Staatsregierung hat meiner gestrigen Erklärung einstimmig zugestimmt. (Hört! hört! links.)

Abg. v. Guérard (3.): Ich muß wiederholen, daß unsere Fraktion durch Inhalt und Form der gestrigen Rede des preussischen Ministerpräsidenten überrascht worden ist. Durch fast einstimmigen Beschluß des Reichstags sind im letzten Nachtragsgesetz 45 1/2 Millionen Mark bewilligt worden, die ganz ausschließlich den gefährdeten preussischen Grenzgebieten zugute gekommen sind, so daß sogar die Wünsche süddeutscher Staaten, namentlich Bayerns, die wir für berechtigt gehalten haben, damals zurücktreten mußten. Es ist auch nicht richtig, daß von den 75 Millionen Mark, die vor zwei Jahren für die besetzten Gebiete bewilligt worden sind, nur 30 Millionen Mark auf Preußen entfallen seien. Denn von den 75 Millionen Mark waren von vornherein 35 Millionen Mark bestimmt, um einen eigenen Fonds zu schaffen für Entlastung der Gemeinden und Kommunen des besetzten Gebietes. Hier von ist der größte Teil nach Preußen geflossen und von dem Rest sind nach dem grundsätzlichen Verteilungsschlüssel 30 Millionen Mark auf Preußen entfallen.

Inwiefern über Form und Inhalt der gestrigen Erklärung Brauns Einstimmigkeit im preussischen Kabinett herrscht, kann ich nicht beurteilen. Aber ich habe Grund, es nicht unbedingt zu unterschreiben. (Hört! hört! rechts.) Eine besondere Bevorzugung Preußens habe ich nicht behauptet und was der preussische Ministerpräsident über die besonders schweren Kriegsschäden Preußens gesagt hat, das ist längst Gemeingut des ganzen deutschen Volkes. (Zuruf links: Für Preußen hat ihr die Worte, für die anderen das Geld!)

Preussischer Ministerpräsident Braun

erinnert an die Erklärungen, die der Vertreter Preußens während der Beratungen im Haushaltsausschuß abgegeben hat. Man hat dort die 40 Millionen für Bayern und Württemberg bewilligt, sich aber über alle Bedenken Preußens hinweggesetzt. Uebrigens habe es keine Ueberraschung hervorrufen können, daß die preussische Regierung ihre Erklärung abgegeben würde, auch die Regierungsparteien mußten über diese Absicht unterrichtet gewesen sein. Der preussische Ministerpräsident stellt weiter fest, daß von dem an Preußen überwiesenen Betrag 25,8 Millionen den Gemeinden überwiesen worden sind, während das Land für sich selbst nur 4,2 Millionen in Anspruch genommen hat.

Man könne also nicht davon reden, daß dieser Betrag zu fiskalischen Zwecken verwendet worden sei.

Es siehe doch fest, daß das Reich für alle Schäden aus der Kriegs- und Nachkriegszeit aufzukommen hat. Wenn Länder und Gemeinden über ihre Pflicht hinaus sich an der Wiedergutmachung dieser Schäden beteiligen, so entbinde das doch nicht das Reich von der auf ihm ruhenden Pflicht. Was dem Reich in dieser Beziehung bewilligt worden ist, war zur Abdeckung einmaliger Leistungen bestimmt, während jetzt festgelegt werden soll, daß einzelnen Staaten dauernd 40 Millionen Mark jährlich überwiesen wer-

den sollen. Das ist das, was wir bekämpfen. Die preussische Regierung wendet sich nicht dagegen, daß aus Reichsmitteln vorübergehende Leistungen an einzelne Staaten gewährt werden. Sie wendet sich aber dagegen, daß dauernd die Ansprüche einzelner Länder erfüllt werden, wodurch naturgemäß die anderen Länder benachteiligt werden.

Abg. v. Guérard (3.) gibt seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß er mit dem preussischen Ministerpräsidenten darin übereinstimme, daß das Reich für die den Ländern aus der Kriegs- und Nachkriegszeit entstandenen Schäden aufzukommen habe. Die Zentrumsfraktion habe stets diesen Standpunkt vertreten, sie sei stets bereit, sich mit jedem Vertreter der preussischen Regierung auf diesem Boden zusammenzufinden.

Ab. Dr. Herz (Soz.)

stellt fest, daß die gestrige und die heutige Debatte das Ergebnis des Umweges sind, den die Regierungsparteien durch die Ausschaltung der Länder bei der Beratung dieser Frage eingeschlagen habe. Die sozialdemokratische Fraktion wird für die dritte Beratung namentliche Abänderungen herbeiführen, um die Verhältnisverhältnisse genau festhalten zu können, und um die Frage zu prüfen, ob dieses Gesetz mit verfassungsändernder Mehrheit zustande gekommen ist. Wir schließen uns durchaus den Bedenken an, die die Vertreter der preussischen Staatsregierung im Ausschuss und bei den heutigen Beratungen vorgebracht haben. Als das Gesetz vom Jahre 1919 beschlossen wurde, da war nicht nur eine prozentuale Beteiligung der süddeutschen Staaten vorgesehen, sondern gleichzeitig wurde auch die Höchstrente bestimmt, über die nicht hinausgegangen werden sollte. Die heutigen Sätze stellen eine

Verdoppelung der damals vorgesehenen Sätze

dar. Wir erkennen an, daß bei Anerkennung der Ansprüche aller Reservatrechte gewisse Verpflichtungen des Reiches bestehen. Dann bestehen aber auch solche Verpflichtungen gegenüber den Ländern, die durch den Krieg und den Ausgang des Krieges entstanden sind.

Man kann also keinen Unterschied machen zwischen dem Reservatrechten aus der Friedenszeit und den Rechten, die aus der Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden sind.

Die Gründe, die der bayerische Vertreter gestern angeführt sind, durchaus unzutreffend. Der Redner erklärte zum Schluß: wir haben nicht nur aus innerpolitischen Gründen gegen diese Vorlage Bedenken, sondern wir haben diese Bedenken auch vom außenpolitischen Standpunkt aus.

Das heiße Eisen.

Das Republikenschutzgesetz hat Zeit.

Gegenüber den Meldungen, monach die Reichsregierung das Republikenschutzgesetz in seinen wichtigsten Teilen über den 31. Juli d. J. hinaus zu verlängern beabsichtige, wurden von amtlicher Seite Notizen verbreitet, die zeigen, wie sehr man sich in dieser Angelegenheit Zeit läßt. Obwohl das geltende Recht nur noch drei Monate in Wirksamkeit ist, hat man noch keinerlei Beschlüsse im Kabinett über die Art und Form gefaßt, wie man die wichtigsten Bestimmungen aufrechterhalten will. Man weiß, daß im Reichsjustizministerium des Herrn Hergt starke Kräfte am Werke sind, die eine Rückkehr des verflorenen Kaisers wünschen oder wenigstens nicht verhindern möchten.

Zu allem Ueberflus hat nun noch der deutschnationale Reichsjustizminister Hergt am Freitag eine Rede gehalten, die zunächst den Umfall der Deutschnationalen in der Außenpolitik begründete, und dazu u. a. sagt:

„Mit Deutschlands Grobmachtstellung sei es nicht weit her. Daher liege die Gefahr nahe, daß sich Deutschland mit anderen Staaten in Abenteuer einlasse. Fern von allen Abenteuern müsse die Regierung aber ihre bisherige Politik fortsetzen.“

Selten ist die Preisgabe der deutschnationalen Außenpolitik, die vor ihrem Regierungseintritt nur aus freieshaftem Abenteuergeist bestanden hat, so drastisch gekennzeichnet worden wie hier durch Hergt. Warum aber diese Schwelung? Hergt sagt es:

In der Innenpolitik, betonte Hergt, sei es erreicht worden, daß die Deutschnationalen die alten Reichsfarben ehren können, ohne daß ihnen ein Vorwurf daraus gemacht werden könnte. In der Flagenfrage heiße es: Achtung gegen Achtung. Unzeitgemäße Fragen, wie z. B. die Verlängerung des Republikenschutzgesetzes, dürfen nicht aufgeworfen werden, da sie nur neuen Unfrieden stiften würden.

Wiso man will das heiße Eisen des Republikenschutzgesetzes nicht anlassen. Herrlich aber ist die Begründung. Denn das Gesetz ist seinerzeit erlassen worden zum Schutz vor Unruhehäftern, die sich nicht scheuten, Worte an republikanischen Politikern zu propagieren oder zu begeben. Jetzt soll es Unfrieden geben, wenn man die Friedensstörer weiter in Schach halten will — merkwürdig, höchst merkwürdig!

Im Gegensatz dazu steht die verdächtige Eile, mit der man das Reichsschuldengesetz durchpeitschen will. Dabei ist dieses Gesetz in hohem Maße geeignet, den innerpolitischen Frieden zu stören — um mit Hergt zu reden. Trotzdem soll der Reichstag diese Vorlage bereits während seiner kurzen Sommerlaugung beraten.

Dem Rechtsblock ist es eben wichtiger, so schnell wie möglich seine reaktionären kulturpolitischen Ziele im Gesetz festzulegen als den Gefahren vorzubeugen, die sich aus der monarchistischen Propaganda für das ganze Volk ergeben.

Arbeitszeit und Tarifvertrag.

Voraussetzungen für die Sicherung des Achtstundentages.

Der entscheidende Mangel des geltenden Arbeitszeitrechtes ist die Möglichkeit, durch Tarifvertrag eine regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit bis zu zehn Stunden täglich vornehmen zu können. Das zeigt mit größter Eindeutigkeit auch die auf Ersuchen des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministers von der Reichsarbeitsverwaltung im Oktober vorigen Jahres veranstaltete Erhebung über die tatsächliche Arbeitszeit. Diese Erhebung erstreckte sich auf 3023 Betriebe in allen Landesteilen mit dreiviertel Millionen gewerblicher Arbeiter. Nach den amtlichen Feststellungen hatten von den hier erfaßten Betrieben nicht weniger als 1437 Betriebe eine wöchentliche Arbeitszeit über 48 Stunden. Diese Ueberschreitung des Achtstundentages und der Achtundvierzigstundenwoche stieg sich in rechtlicher Beziehung für 1389 Betriebe auf tarifvertragliche Vereinbarungen. Mit Recht weist deshalb der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Stryun in einem Aufsatz „Arbeitsmarkt und Arbeitszeit“ in Nr. 7 der „Deutschen Wirtschaftszeitung“, dem Organ des Deutschen Industrie- und Handelstages, darauf hin, daß behördliche Ausnahmegewilligungen zur Ueberschreitung des Achtstundentages eine ganz untergeordnete Rolle spielen.

Es ist wichtig, diesen Zusammenhang zu beachten, weil er für die Regelung im Nothgesetz von ausschlaggebender Bedeutung ist. Mit größter Virtuosität versucht der Regierungsentwurf die Aufmerksamkeit auf diesem entscheidenden Punkt abzulenken. Zu diesem Zwecke schiebt er die behördlichen Genehmigungen für die Ueberschreitung des Achtstundentages in den Vordergrund, von denen der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung zutreffend sagt, daß sie eine ganz untergeordnete Rolle spielen.

Nach geltendem Recht darf die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, ausschließlich der Rausen, die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten. Wird an einzelnen Werttagen im Gesamtbetrieb oder in einer Betriebsabteilung weniger gearbeitet, so kann dieser Ausfall von Arbeitsstunden nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung an den übrigen Werttagen durch Mehrarbeit ausgeglichen werden, aber nur in der gleichen oder in der folgenden Woche. Es bleibt aber auch in diesen Fällen bei der Achtundvierzigstundenwoche oder der Sechsendneunzigstundendoppelwoche.

Dieser öffentlich-rechtliche Arbeitszeitschutz wird nun praktisch durch den § 5 der Verordnung über die Arbeitszeit in weitgehend aufgehoben. Er bestimmt, daß durch Tarifvertrag die Arbeitszeit anders geregelt werden kann, und zwar bis zu zehn Stunden täglich. Liegt eine solche tarifvertragliche Regelung vor, so gelten diese Bestimmungen an Stelle der öffentlich-rechtlichen Schutzvorschriften. Damit wird der Tarifvertrag, der ein Instrument zum Schutze der Arbeitskraft sein soll, für eine weitgehende Ueberschreitung öffentlich-rechtlichen Schutzes mißbraucht. Daß es auch wirklich geschieht, dafür sorgt das geltende Schlichtungsrecht. Im behördlichen Schlichtungsverfahren werden für die tarifvertragliche Regelung der Arbeitszeit zunächst unverbindliche Vorschläge in Form eines Schiedspruches gemacht, den die Tarifbeteiligten annehmen oder ablehnen können. Liegt jedoch erst einmal ein ungünstiger Schiedspruch vor, dann ist die Position der Arbeitnehmer bereits in der Öffentlichkeit geschwächt, denn der Schiedspruch gilt häufig in der öffentlichen Meinung als ein unparteiisches Gutachten für einen gerechten Ausgleich der widerstreitenden Interessen. Als letztes Druckmittel für eine tarifvertragliche Verlängerung der Arbeitszeit wirkt das Verfahren über die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen; nötigenfalls wird durch eine Verbindlichkeitsklärung zwanagsweise der gewünschte Rechtszustand geschaffen.

So richtig der Grundgedanke ist, dem Tarifvertrag bestimmte Funktionen in der Regelung von Einzelheiten öffentlichen Schutzrechtes zu überlassen, die auf diesem Wege geregelt werden können als durch die Gesetzgebung, so verderblich ist es, staatliches Schutzrecht durch privatrechtliche Vereinbarungen in Form von Tarifverträgen in weitestem Umfange außer Kraft zu setzen. Das ist die Preisgabe wesentlicher Funktionen des Staates, der nach der Reichsverfassung verpflichtet ist, der Arbeitskraft einen besonderen Schutz angedeihen zu lassen.

Die bereits erwähnte amtliche Erhebung offenbart den Mißbrauch in erschwerendem Maße. Von den erfaßten 3023 Betrieben hatten im April 1906 Betriebe eine Wochenarbeitszeit über 48 Stunden, im Oktober stieg die Zahl der Betriebe auf 1437, also eine Zunahme von 26,66 Proz. auf 47,47 Proz. der erfaßten Betriebe. Die Zahl der erfaßten Arbeiter betrug im Oktober 745.621, davon hatten nur 146.737 eine Wochenarbeitszeit von 48 Stunden, 203.888 arbeiteten verkürzt und 394.996 hatten eine Wochenarbeitszeit über 48 Stunden, darunter 255.720 über 52 Stunden. Eine Besserung in der Beschäftigungslage führt nicht in entsprechendem Ausmaße zu Neueinstellungen von Arbeitskräften und damit zu einer notwendigen Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern zu einer Verlängerung der Arbeitszeit. In den kurzarbeitenden Betrieben erleben wir dann auch die Ueberschreitung der Achtundvierzig-

stundenwoche. Die rechtliche Grundlage für eine solche Entwicklung ist in den tarifvertraglichen Vereinbarungen gegeben. Diese unhaltbaren Zustände werden auch nicht durch eine gesetzliche Vorschrift beseitigt, die bestimmt, daß jede Mehrarbeit über 48 Stunden in der Woche, ob auf Grund tarifvertraglicher Genehmigung zugelassen, mit einem Zuschlag von 25 Proz. zu entlohnen ist. Es kommt darauf an, einen Zwang dahin auszuüben, daß für die Mehrarbeit über 48 Stunden in der Woche Arbeitslose eingestellt werden. Deshalb haben die Gewerkschaften aller Richtungen mit guten Gründen die Streichung der §§ 5 und 6 der geltenden Arbeitszeitverordnung gefordert. Die Beseitigung dieser Bestimmungen ist die Voraussetzung für eine wirkliche Sicherung des Achtstundentages.

Bannbruch und „nationale“ Entrüstung.

„Dieser Wortimer starb auch sehr gelegen.“

Der frühere General v. Wisberg ist einem Schlaganfall erlegen. Zweifellos für seine Angehörigen und Bekannten ein sehr trauriges Ereignis. Sie werden still um den Verstorbenen trauern und sein Gedächtnis bewahren, wie andere Sterbliche in ähnlicher Lage es auch tun.

Wenn der Name Wisberg jetzt mehr in der Öffentlichkeit genannt wird, als es erforderlich scheint, so deshalb, weil die nationalistischen Parteien aus dem Todesfall ein nationalistisches Spektakelstück erster Güte zu machen bestrebt sind. Sie glauben, durch einen Riesenscandal die Aufmerksamkeit von der Tatsache ablenken zu können, daß Wisberg in Gemeinschaft mit den Delegierten des Hakatienervereins einen ganz offenen Bruch der Bannmeile vollzogen, der an sich schon strafbar ist. Wir erinnern daran, daß mehrfach junge Reichsbannerleute, die etwa zum Potsdamer Bahnhof strebten oder von ihm kamen, wegen Verletzung der Bannmeile auf die Polizeiwache zitiert und später bestraft wurden, weil sie nicht rechtzeitig ihre kleinen Gruppen „aufgeißt“ hatten. Vor dem Bismarck-Denkmal marschierten nun lauter ältere Herren der früher regierenden Kaste auf, die die Vorschriften des Gelehes genau kennen mußten, und Wisberg hielt eine Rede, die — ob kurz oder lang — durch das Geheh verboten ist, wenn nicht die Reichsregierung durch das Reichsinnenministerium **U s n a h m e n** ausdrücklich angeordnet hat.

Der Beamte, der auf das Verbot hinwies, handelte also durch aus korrekt, und niemand hat das Recht, ihm deshalb einen Vorwurf zu machen. Nach der Erklärung eines Augenzeugen, nämlich des Generals v. d. Lippe, hat sich der Polizeibeamte „keineswegs brutal oder besonders unfreundlich“ benommen, es hat vielmehr nach der gleichen Quelle „ein kurzer Wortwechsel“ stattgefunden. Nach der Aussage des Beamten hat Wisberg auf die Aufforderung, das Reden zu unterlassen, entrüstet erklart: „Das ist unerhör!“ Erst darauf hat der Beamte ihn aufgefordert, mit zur Wache zu kommen. Das ist dem General sonst wahrscheinlich noch nicht passiert, und deshalb hat er sich so aufgeregt, daß ihn schließlich der Schlag traf.

Die reaktionäre Presse wagt es, ganz offen zweierlei Recht zu fordern, das eine für demonstrierende Monarchisten, das andere für das gewöhnliche republikanische Volk. Wir weisen diese Forderung als eine Unverschämtheit zurück. Innerhalb der Bannmeile sind alle Demonstrationen verboten, auch die von pensionierten Generälen. Anweisungen, den Bismarck-Tag anders zu behandeln, würden wir als eine Bevorzugung der Monarchisten ansehen, die den schärfsten Widerspruch aller Republikaner herausfordern müßte.

Die „Deutsche Zeitung“ hält es für geschmackvoll, den verstorbenen Wisberg als den „erbittertsten Gegner der fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen“ während des Weltkriegs zu bezeichnen. Sie hätte an diese Feindschaft nicht erinnern sollen, denn es

ist die Rolle noch nicht vergessen, die Wisberg im Ebert-Prozess spielte! Wenn man jetzt, aus Anlaß seines plötzlichen Todes, dem „verdienten General“ besondere Kränze winden will, mag man es tun. Aber das darf nicht dazu führen, daß einem Polizeibeamten, der seine Pflicht ohne Ansehen der Person tat, nachträglich etwas am Zeuge geflickt wird. Der Beamte verdient keinen Tadel, der die Beachtung der Gelehe auch von Monarchisten fordert. Eher das Gegenteil!

Man braucht sich nur vorzustellen, was geschehen wäre, wenn Wisberg unbeanstandet hätte reden dürfen und nach ihm ein anderer seine politische Gegnerschaft gegen Bismarck, den Vater des Sozialistengesetzes und des Kulturkampfes, zum Ausdruck brachte. Hätte der Beamte auch ihn ruhig reden lassen dürfen? Die Antwort auf diese Frage könnte für spätere Bismarck-Tage immerhin von Bedeutung werden. Was wollen also die Veranstalter des neuesten Spektakels?

Völkische Provokationen und Schlägereien.

Zusammenstöße mit Kommunisten auf einer Leipziger Versammlung.

Leipzig, 2. April (Eigener Drahtbericht.) Am Freitagabend veranstaltete die nationalsozialistische Arbeiterpartei im „Schloßkeller“ zu Leipzig eine öffentliche Versammlung, in der Parteisekretär Birnbaum eine der üblichen Schimpfreden gegen die Sozialdemokratie und das „internationale Kapital“ hielt. Es kam bereits im Anfang schon zu stürmischen Ausbrüchen, da sich viele Kommunisten eingeschlichen hatten. Sodann setzte eine wilde Schlägerei unter den Versammlungsbesuchern ein, die mit Säurelatten geführt wurde. Die Versammlung wurde gesprengt. Als das Ueberfallkommando herbeigerufen wurde, um die Ruhehersteller festzunehmen, wandten sich diese gegen die Polizei. Ein Unterwachmeister wurde durch sieben Messerstiche schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, außerdem sind bei dem Zusammenstoß noch mehrere Verletzte zu verzeichnen.

Der „Fürst“ von Sigmaringen.

Und ein altnordischer Regierungspräsident.

Schon einmal berichteten wir über das Leben und Treiben in Sigmaringen, wo Seine Hoheit „Fürst“ Wilhelm von Hohenzollern residiert und sich aufführt, als regierte er noch allerhöchstpersönlich, wie sein Vnherr es vor 1849 getan hat.

Jetzt wird von einer seltsamen Sache berichtet, die sich in dieser kleinen Residenz zwischen dem „Hofe“ und den republikanischen Spigen der Behörden abrollt. Der preussische Regierungspräsident Dr. Scherer nämlich war bei seiner Amtsübernahme auf den immerhin recht erheblichen Gedanken gekommen, Seiner Hoheit einen Besuch abzustatten. Er lief aber an. Denn der Fürst wollte zwar den Regierungspräsidenten allergnädigst empfangen, hielt es aber für weit unter seiner Würde, diesen Besuch zu erwidern. Dabüch fühlte sich natürlich Herr Scherer gekränkt und droch seine kaum angeknüpften höflichen Beziehungen ab. Als dann aber das neue Rathaus in Sigmaringen eingeweiht wurde und der Magistrat den Regierungspräsidenten und — entbehrlicher Weise — auch den Fürsten einlud, sagte beide ab!

Trotz dieses offensibaren Kriegszustandes aber nahmen etliche Beamte eine fürstliche Einladung zum Frühstück an, worauf sie verlegt wurden.

Bei früheren Fürsten sind erfahrungsgemäß Takt und Anstand eine sehr seltene Ware. Um so mehr müßte von republikanischen Regierungsbeamten erwartet werden, daß sie sich diesen Kreisen gegenüber die peinlichste Zurückhaltung auferlegen, damit sie sich keine Abscheu holen wie in Sigmaringen.

Groß Italien Frankreich an, dann braucht Belgien wegen der Militärkonvention Frankreichs keine Waffenhilfe zu leisten, erklärte Vandervelde in der belgischen Kammer.

„Vorläufig keine Truppen sendungen.“

Das Ergebnis der letzten Londoner Kabinettsitzung wegen China.

Am Freitag beriet die englische Regierung über die Lage in China. Als Ergebnis „verlautete“ hinterher, es bestche vorläufig nicht die Absicht, nach dem Fernen Osten neue Truppen zu entsenden, da man die Zahl der Truppen an Ort und Stelle für ausreichend halte. Die Regierung sei jedoch der Ansicht, es müsse den Chinesen gezeigt werden, daß es unüberschreitbare Grenzen gäbe und Großbritannien sich eine neue Demütigung nicht gefallen lassen könne.

Japanische Flottenmanöver in chinesischen Gewässern.

Peking, 1. April. (W.P.) Die japanische erste Flotte, die aus vier Schlachtschiffen, drei Kreuzern, sechzehn Zerstörern und acht Unterseebooten besteht, ist hier zu den jährlichen Manövern eingetroffen. Es wird betont, daß der Besuch mit der Lage in China nicht in Verbindung stehe. (1)

Gegen den Mißbrauch der Handelsluftfahrt

Vorschläge de Braudères auf der Vorkonferenz.

Genf, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) De Braudères machte zur Unterzeichnung der Militär- von der Zivilflugfahrt folgende Vorschläge: 1. Die Behörden der zivilen sollen von den Behörden, die sich mit Militärflugfahrt befassen, völlig getrennt sein. 2. Es darf keine staatlichen Vorschriften über die U m w a n d l u n g von Zivil- in Militärflugzeuge geben. 3. Die Luftfahrtgesellschaften dürfen nicht gezwungen werden, Militärflieger zu beschäftigen. 4. Bloß strategische Luftlinien dürfen staatlich nicht unterhalten werden. — Diese Vorschläge enthalten nicht das Verbot militärischer Ausbildung der Zivilflieger. Die deutsche Delegation hat ihnen grundsätzlich zugestimmt.

Die übermütigen Matteotti-Mörder.

Auch Volpi wandert ins Gefängnis.

Von der italienischen Grenze wird uns geschrieben: Ebenso wie der im Chietiprozess so gefeierte Hauptmörder Matteotti Dumini, so ist auch sein Hauptkomplize Volpi von seinem Schicksal ereilt worden. Er hatte sich in Mailand etabliert und seine Stellung als Mitwisser gefährlicher Geheimnisse ausgenutzt, um die Mittel für ein herrliches Leben einzutreiben. Alle seine Forderungen wurden von der Mailänder faschistischen Partei wohl oder übel bewilligt, wofür er ein faschistisches Reittkommando zur Ausführung der übelsten Gewalttaten leiten durfte. Inzwischen wurde er in seinen Ansprüchen so maßlos, daß er sich eines Tages mit dem faschistischen Parteisekretär Ciampoli überwarf. Mussolinis Bruder Arnaldo, der Leiter des „Popolo d'Italia“, ergriff zu gunsten des Parteisekretärs Stellung, während der „Duce“ zunächst dafür eintrat, daß man Volpi gewähren lasse. Bis eines Tages Volpi an der Spitze seines Reittkommandos vor dem „Popolo d'Italia“ erschien und eine lärmende Demonstration gegen Arnaldo Mussolini inszenierte, bei der sogar Revolverkugeln gegen die Reiter scheibten der Redaktionen abgefeuert wurden. Arnaldo setzte sich sofort telephonisch mit seinem Bruder in Verbindung und drohte, falls mit Volpi nicht endlich Schluß gemacht werde, selber Konsequenzen zu ziehen. Jetzt endlich entschloß sich der Ministerpräsident, wenn auch schweren Herzens, gegen sein gefährliches Werkzeuge Front zu machen. Schon am nächsten Morgen sah Volpi mitläufig einigen Mitgliedern seines Reittkommandos im Gefängnis. So vergeht der Ruhm der Welt.

A. Durcell und George Hids, die zurzeit in Berlin an der Tagung des anglo-russischen Komitees teilnehmen, haben wegen Bagg und den anderen politischen Gefangenen, denen in Budapest der Prozeß gemacht wird, bei Graf Bethlen drablich interveniert. Sie erklären, sie vertrauen darauf, daß sein Einfluß den Angeklagten die Möglichkeit der Verteidigung und ein regelrechtes Prozeßverfahren gewährleisten.

Die echte Pariser Revue.

Die Haller-Revue im Admiralspalast hat sich nun abspielen lassen durch das Muster, nach dem die deutsche Bühnenschauspieler, durch die echte, die originale, die Pariser Revue. Das Palace-Theater Paris absolviert ein Gesamtgastspiel. Reizlos stellen wir fest, daß die Pariser Revue mit fabelhaftem Schmick und bewundernswürdigem Temperament heruntergepielt wird. Der Kapellmeister Kardini hat die Eigenheit, statt mit einem Taktstock mit weichen Handschuhen zu dirigieren, wodurch aber die Musik auch nicht besser wird. Sie ist zwar sehr laut, aber nicht so melodisch und hinreichend, wie wir sie sonst gewohnt sind. Die Pause führt ein so vorlautes Dasein, daß die Musik wegen des Tschingelbumschauspiels Charakters an Tingselkonzert erinnert. Und was an bezubehrenden Klängen dem Ohr eingehet, das haben wir schon teilweise bei der vorvorigen Charell-Revue gehört.

Ein verbindender Faden fehlt den drei Duzend Revuebildern vollständig. Die Revue soll ja auch nur ein Prunk und eine Augenweide sein. Aber auch hier vermissen wir schmerzlich den künstlerisch hochstehenden Geschmack, der die großen Berliner Revuen zu einem ästhetischen Genuss werden läßt. Das erste grandiose Bild „Berlin“ ist direkt geschmacklos. Ein in überaltertem Stil konstruiertes Perlengebäude krönt eine fast völlig nackte und durchaus nicht sehr reizvolle Frau. Das große Schluszbild „Nymphen und Wasserblumen“ ist ebenfalls von nackten Frauengestalten verbrämt und überladen. Ein Bild mit zahllosen Kostümen in Richeieu-Stiderei verliert seinen Reiz durch die billigen gemalten Hintergründe. Nur das Chinabild überwältigt durch seine Farbenpracht. Die Fischer-Girls, die die auf Massenwirkung berechneten Tanzszenen bestreiten, sind hübsch eingearbeitet, reichen aber an die Tiller-Girls nicht im entferntesten heran.

Die Salomonmurner allerdings stehen auf der Höhe eines hervorragenden Varietés. An Jenny Golder bewundern wir das übersprühende Temperament und den Sinn für Humor, an dem italienischen Universalkünstler Spadaro Eleganz und Wig, am Black-Bottom-Erfinder Harry Pilcer fabelhafte Beweglichkeit und an Pierre Claret den grotesken Humor eines Buster Keaton. Sein ewig beleidigtes Gesicht und bereites Schweigen ruft Lachstürme hervor.

An der Pause wurden Darsteller und Direktoren durch herzlichen Applaus und viele Blumen Spenden geehrt. Mit unnachahmlichem Charakter rief der Direktor ins Publikum: Wir sind alle sehr glücklich. Es tut mir leid, daß ich in die reiflose Begeisterung der Zuschauer nicht einstimmen kann, was ich im Interesse der deutsch-französischen Verständigung und zur Abwendung diplomatischer Konflikte gern getan hätte. Vor allem wird man gut daran tun, den überwältigend albernem Steich „Am Barenhaus“ alsbald vom Spielplan abzusetzen. Er wird durchweg von deutschen Darstellern bestritten. Ernst Degner.

„Berlin, wie es weint und lacht.“ Ganz anspruchlos ist das Publikum im Theater in der Kommandantenstraße. Es läßt sich rühren und lacht unter Tränen über herzige Dinge, die bereits vor Generationen dieselbe Wirkung ausübten. Ralisch schrieb ein handfestes Volkslied mit breitem Berliner Humor und mit großem Gefühlsaufwand, der leider den Humor überwiegt. Allein das reine Herz, die blonde Tugend entscheidet, der Humor ist mehr eine Zugabe. Das Berliner Volkslied befindet sich bei Ralisch bereits im Zustand souveräner Sentimentalität. Angeht hätte kaum die Szene geschrieben, in der die unschuldige Agnes hinter Gefängnisgittern meiderrnlich schmachtet, und ein Geige dazu sehr fordmert etwas unendlich Trauriges auf der E-Saite schluchzt. Diese Parodie ist von Viktor Holländer neu frisiert worden, sie bringt ein paar nette Couplets, und die Ouvertüre macht sich opernhaltig verheißungsvoll. Sonst unterstreicht sie noch die goldenen Worte für das Stammbuch und hilft der bürgerlich-anständigen Weltordnung zur reichsten Entfaltung. Ueber der Bühne lagert Roitenpulver und Lavendelbusch trotz der wihigen, fetten Bühnenbilder Döhlins. Man spielt, wie man bei der Entführung vor wenigen Menschenaltern gespielt haben wird. Ralisch scheint eben unsterblich zu sein, und er wärz kaum zu erfragen, wenn nicht Blabine Chingier als jart belästete Agnes auf der Bühne stände. Mit präzisen Bewegungen und einem zerbrechlichen Stimmchen (schaffi sie eine wunderbare Parodie, jongliert virtuos mit ihrer Rolle. Warum fand der Regisseur Raden nicht den Mut, die ganz verstaubte Herzensaffäre als Parodie aufzuführen? J. E.

Wieviel Einwohner hat Rußland? Die allgemeine Volkszählung, die zum erstenmal seit 30 Jahren im Dezember 1926 von der Sowjetregierung vorgenommen wurde, zeigt, daß die furchtbaren Vöden, die Krieg und Revolution unter der russischen Bevölkerung gerissen hatten, überraschend schnell wieder ausgefüllt worden sind. Nach dem bisher bekanntgewordenen Ergebnis beläuft sich die Bevölkerungsziffer der heutigen Sowjetunion auf rund 143,5 Millionen. Die Bevölkerung des gleichen Gebietes betrug 1897 104 Millionen. Die Zunahme beträgt also in 29 Jahren 39,5 Millionen oder 38 Proz. Bei Kriegsbeginn wurde die russische Bevölkerung mit 135,5 Millionen angegeben; sie fiel dann in den folgenden Jahren auf 131,5 Millionen. Die Erhöhung der Bevölkerungsziffer gegen die Kriegszeit um 8 Millionen zeigt also das rasche Wiederanstiegen der Bevölkerungszahl. Die Stadtbevölkerung beläuft sich auf 25,5 Millionen, auf 1 Million mehr, als man erwarten konnte. Die städtische Bevölkerung ist also im Zusammenhang mit der Industrialisierung besonders rasch gewachsen. Die größte Einwohnerzahl unter den Städten Sowjetrußlands hat Moskau mit über 2 Millionen, dann kommt Leningrad mit 1 600 000 Einwohnern, Odessa mit 411 000 und Charkow mit 410 000.

Des Nachts um die zwölfte Stunde ... da empfanden unsorg Vorfahren ein mehr oder weniger sanftes Gesehen, wenn sie ausnahmsweise so spät ins Bett oder so früh wieder herauskamen. Heute ist das — so möchten es wenigstens einige Theater einführen — die normale Zeit, um eine Nachtauführung im Theater zu beginnen. Aber der erneute Versuch, den das „Reue Theater am Zoo“ unternahm, bemies, daß wir doch noch nicht ganz reif sind für diese Kulturerrungenschaft. Der Besucher ist entweder bereits müde und nicht mehr recht aufnahmefähig, oder er

hat sich vorher ausgeruht, und dann ist er kritisch. Beides aber verdirbt die Revue „Hallo, hier Republik“ nicht. Eine zusammenhangslose Sache mit wenig Witz und um so mehr Selbstbehagen der Veranstalter. Ein paar mal blüht etwas auf, aber dann ist wieder Nacht, und man erinnert sich, daß es Schlafenszeit ist. Gute Nacht, Annemarie Hase, Erwin Ederberg, Elin Hoffmann, Ernst Brödel und ihre anderen; es ist schade um euch. —

Die blaue Nelke. Eine Rezenschen, die gegenwärtig in London stattfindet, enthält mehr als 4000 verschiedene Exemplare, von denen viele neuartige Farben und Formen darstellen. Die phantastischen Farben sind erzielt worden. So gibt es eine neue Art, die eine helle Brausefarbe zeigt; eine andere Blüte ist orangengelb mit purpurnen Flecken, wieder eine andere rot- und mauvefarben mit einem darüberliegenden silbergrauen Ton. Solche exotischen Farbenmischungen werden von den Reizenzüchtern besonders bevorzugt. Aber der höchste Ehrgeiz der Reizenzüchter ist noch nicht erreicht; es fehlt die blaue Nelke. „Wir haben viele neue Reizfarben in diesem Jahr auf den Markt gebracht“, sagte der Vertreter der größten Firma von Reizenzüchtern, die über eine Million Exemplare in ihren Treibhäusern besitzt, „aber der Sehnsuchtsstraum, eine blaue Nelke zu züchten, ist noch so fern wie je. Nau ist die Farbe, nach der alle Reizenzüchter streben, und der Mann, der eine solche blaue Nelke auf den Markt bringen könnte, würde ein Vermögen verdienen.“

Erkautführungen der Woche. Dienst. Schauspielhaus: „Bildsäule“ — Th. I. d. Römischer Straße: „Die Schule von Ugnach.“ Mittw. und Freit.: Schauspielhaus: „Galspiter Wiener Sängerknaben.“ Stadt Oper: „Die Schiacht bei Vittoria.“ Die Gelächter des Prometheus.“ „Don Juan.“ — Th. I. d. Klosterstraße: „Fühlingswahn.“

Italien-Veranstaltungen. Itelich: „Das schaffende Amerika.“ Sonnt. (7): „Sommerfahrt durch Nagata.“ — (9): „Der Tanz.“ Ab Mont. itagl.: „Das Rätsel der Schöpfung.“ Mittw.: „Berliner Elektrizitätsversorgung.“ — Am Gdsaal: Sonnt. (3): „Das rote Geheimnis.“ Sonnt. (7): „Canada.“ Sonnt. Freit. (9): „Japan.“ Ab Mont. itagl. (3): „Entblühter Rose.“

Ueber die Zukunft des deutschen Films findet heute abend, 8^{1/2} Uhr, im Reichsantheater, Bellevuestr. 13, ein von der Gemeinschaft der Filmkünstler veranstalteter Diskussionsabend statt.

Ein Feuer registriert in ihrem Vortragabend heute, abends 8 Uhr, im Rindmoritz-Schauspielhaus aus Arno Holz, „Nachtstücke“ und „Palms.“

Revue russischer Iprich über das Thema: „Reine Nelke durch China im Jahre 1926“ in der Deutschen Biga für Wissenschaften in deren Räumen Bühelmitage 48 III Tr., Montag, 8^{1/2} Uhr.

In der Volkshöhle findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, die 50. Jubiläumsvorstellung „Aubitz“ statt. Die Judub spielt Agnes Straub, den Polosheren Leo Reuß.

Das Englische Theater Drussler Schauspielhaus: „Die Schiacht bei Vittoria.“

Die Gesellschaft für Theatergeschichte feiert Sonntag für 25-jähriges Bestehen. Um 11^{1/2} Uhr findet im Foyer des Staatlichen Schauspielhauses eine Festigung statt, bei der Prof. Max Gervmann die Festrede halten wird.

Schulbeginn.

Glückliche Gesichter, strahlende Augen, erwartungsvolle Blicke, klopfende Herzen, unverfälschte Kinderfröhlichkeit und ungetrübte Kindergemüter an der Hand ihrer glücklichen — wenigstens in diesem Moment ausnahmslos glücklichen — Mütter betreten die erste Stufe der Lebensbahn. Sind sie wirklich glücklich? Sind sie es alle in gleichem Maße? Die erste Frage könnte im allgemeinen wohl bejaht werden, die zweite kaum. Keuferlich vielleicht. Könnte und wollte man in all die kleinen Herzen hineinschauen, so würde man sicherlich enttäuscht sein; manche würden sogar behaupten, daß die erste Erbitterung an manchem so glücklich scheinenden Kinde auch äußerlich offensichtlich zu merken ist. Das empfindliche Gefühl eines Kindes wird verletzt, die ganze Freude, auf die jedes Kind mit dem gleichen Recht vollen Anspruch hat, wird verflümmert schon durch eine größere oder kleinere Zudertüte eines anderen Kindes, die dessen materiell besser gestellte Mutter zweifellos ohne böse Absicht, nur um die Freude ihres Kindes zu erhöhen, ihm auf den ersten Schulgang mitgegeben hat. Eleganter Kleidung und Schulausrüstung der Kinder besser gestellter Eltern sind die weiteren Ursachen, um glück- und freudüberdrehenden Reiz der anderen zu erwecken.

Wußt das so sein? Würden die Kinder ausnahmslos nicht ebenso glücklich oder noch glücklicher sein, wenn die Eltern die Ausgaben für Zudertüten der Schulermaltung zur Verfügung stellen würden? Zweifellos würden alle von der Rodeleiheit noch nicht berührten Schulkinder, ob reich oder arm, gleich glücklich und zufrieden sein, wenn die Schulermaltung ihnen gleichmäßige einfache und billige, hygienisch und protzlos ausgestaltete Schulleidung und Ausrüstung vorschreiben würde. In den ersten Schuljahren, nachdem alle Kinder die gleiche Schule besuchen müssen, ist dies in sozialer und sittlicher Hinsicht eine wohlverdienende Förderung, der sich kein Denker verschließen kann.

Gefahrenpunkt Hallesches Tor.

Einige Straßenbahnlinien sollen umgeleitet, die Brücke soll erweitert werden.

Um die in letzter Zeit immer schwieriger werdenden Verkehrsverhältnisse am Halleschen Tor, die besonders durch die vielen Kreuzungen und Abbiegungen der Straßenbahnen hervorgerufen werden, zu bessern, soll jetzt der Straßenbahnverkehr an diesem wichtigen Verkehrszentrum Berlins in neue Bahnen geleitet werden. Zur Entlastung der Belle-Alliance-Brücke soll der Straßenbahnverkehr in der Richtung von und nach Neukölln nicht mehr wie bisher über den Blücherplatz und das Hallesche Tor geführt, sondern über die Brücke im Zuge der Jossener Straße geleitet werden. Die hierzu erforderlichen Gleisbauarbeiten haben schon begonnen und dürften bereits in wenigen Wochen zu Ende geführt sein. Durch diese neue Regelung soll bewirkt werden, daß die Straßenbahnlinien das Hallesche Tor nur rechtwinklig kreuzen und nicht mehr wie bisher in verkehrshindernden Kurven über den Platz abbiegen. Die von der Königgräber Straße kommenden Linien werden in gerader Strecke durch die Gipsfabrik Straße fahren, um dann über die Jossener Brücke nach Neukölln einzubiegen. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß der Verkehr nur geradlinig in nordöstlicher und ostwestlicher Richtung über das Hallesche Tor konstant geht. Die Verhandlungen über die endgültigen Linienführungen sind, wie wir hören, noch nicht endgültig abgeschlossen, da vor allen Dingen die Umleitungen der Linien 14 und 25, die bisher von der Königgräber Straße kommend in die Belle-Alliance-Straße einbogen und deren Durchbiegung über die Jossener Brücke einen zu großen Unweg bedeuten würde, Schwierigkeiten macht. Man hat bereits vorgeschlagen, die Brücke im Zuge der Großbeerenstraße zur weiteren Entlastung und Umleitung heranzuziehen; zu einem positiven Ergebnis ist man jedoch in dieser Frage bisher nicht gekommen. Der gesamte Straßenbahn- und Fuhrwerkverkehr muß aber im Laufe dieses Sommers sowieso umgeleitet werden, da die Belle-Alliance-Brücke umfangreichen Erneuerungsbauten unterzogen und zu diesem Zwecke für die Dauer von fünf bis acht Wochen für den gesamten Verkehr gesperrt werden muß. Im Laufe der Jahre sind nämlich an der Belle-Alliance-Brücke die Jossenerungen infolge des Eindringens von Regenwasser usw. schadhaft geworden, so daß an einigen Stellen bereits das Mauerwerk in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Da man schon aus diesem Grunde für längere Zeit eine Umleitung des Verkehrs vornehmen müßte, will man bei dieser Gelegenheit gleich eine endgültige Umleitung der Straßenbahnlinien vornehmen, um einen übersichtlicheren Verkehr zu schaffen und das Hallesche Tor zu entlasten.

Die Pläne, das Hallesche Tor und den Blücherplatz in verkehrstechnischer Hinsicht einer völligen Umgestaltung zu unterziehen, sind, wie wir hören, bisher noch nicht über das Stadium erster Erwägungen hinausgegangen.

Falscher Mordalarm!

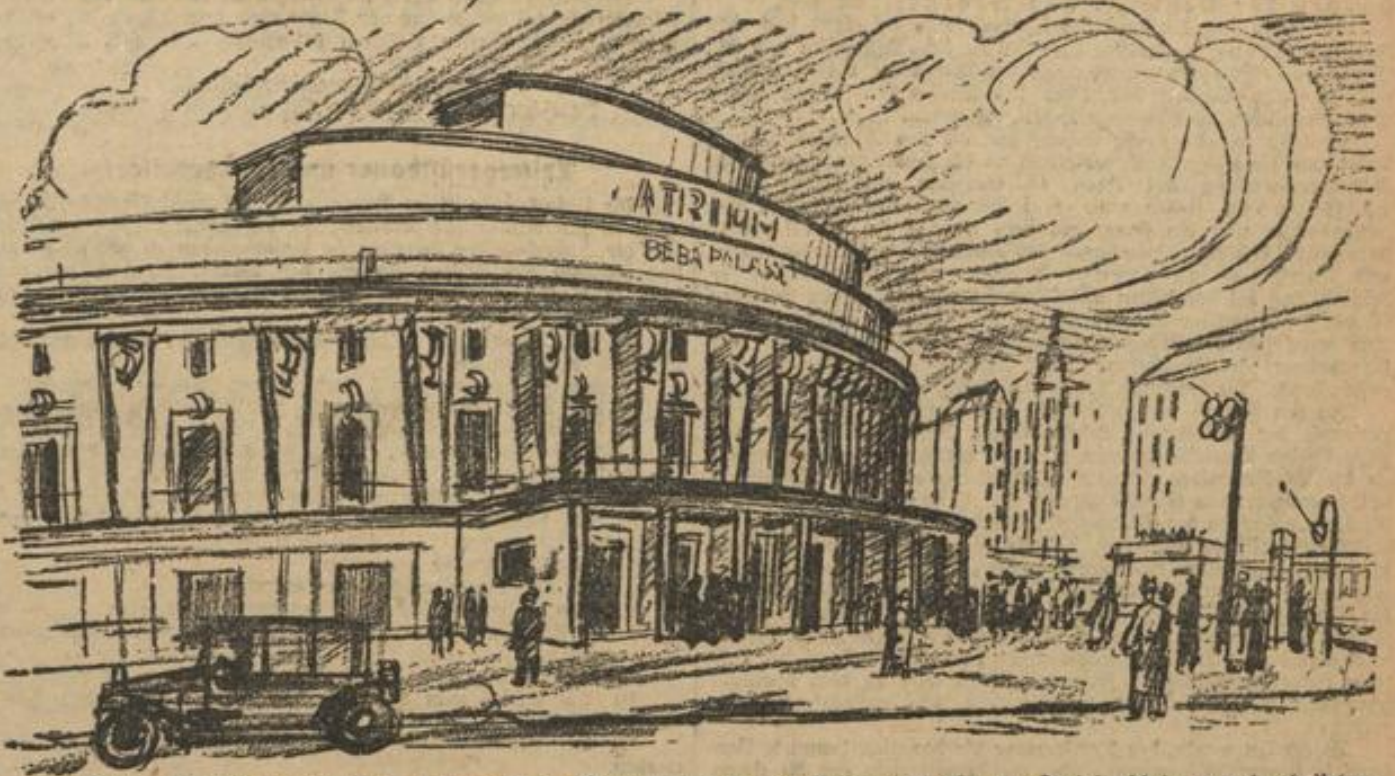
Nach den Meldungen vieler Morgenblätter sollte in der Bremer Str. 63 in Moabit ein Gattenmord passiert sein. Die Nachforschungen der Polizei haben ergeben, daß an den mit allen Einzelheiten geschilderten Vorgängen kein wahres Wort ist. Vielmehr ist die genannte Frau Pöhl, die gestern in der Wohnung ihres Ehemannes den Besuch ihrer Schwester erhielt, von dieser in schwerem Zustand angetroffen und sofort nach dem Moabiter Krankenhaus gebracht worden. Hier stellten die Ärzte eine schwere Nierenentzündung fest. Da bald eine Herzlähmung hinzutrat, so war alle Hilfe vergebens und die Frau verschied. Wie uns das Krankenhaus mitteilt, sind an der Leiche keine äußeren Verletzungen zu finden.

Ein Posthalterdieb gesucht.

Schwer bestohlen wurde gestern eine Inspektorin der Volkshindergärten auf dem Postamt C.1 in der Spandauer Straße. Die Dame wollte am Schalter Geld einzahlen, mußte aber des Andranges wegen warten. Unmittelbar neben ihr befand sich ein junger Mann, der ein großes Paket bei sich hatte und sie ungebührlich bedrängte. Obwohl sie ihm Gebuld empfahl, drängte er eine Weile weiter, trat dann aber aus der Reihe der Wartenden, als ob es ihm zu lange dauerte. Als die Dame zur Abfertigung herantam und ihre Scheine aufzählen wollte, mußte sie feststellen, daß ein Päckchen mit 100 Scheinen zu je 10 Mark und ein weiteres mit 5 Scheinen zu je 10 Mark verschwunden waren. Ohne Zweifel hat der junge Mann im Schutze seines umfangreichen Paketes den Diebstahl ausgeführt. Er ist etwa 20 Jahre alt und mittelgroß. Der Streifen, der die Notepäckchen zusammenhält, trug den Ausdruck der Firma Voelker u. Wolff. Vielleicht haben andere Wartende Beobachtungen gemacht, die zur Feststellung des Diebes dienen können. Sie werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Lobbes im Polizeipräsidium zu melden.

Mit ungewöhnlicher Dreistigkeit wurde gestern nachmittags in der Zeit zwischen 1 und 1½ Uhr ein Raub in der Friedrichstraße verübt. In dem Bauraum eines Bureaus einer internationalen Firma hielten sich zwei junge Leute auf, die anscheinend um Arbeit vorprechen wollten. Als die Kassiererin, deren Platz in einem Borschlager ist, sich einen Augenblick entfernt hatte, benutzten sie die Gelegenheit, drangen in den kleinen Raum ein und stahlen eine aus dem Tisch stehende Geldkassette, mit der sie eiligst verschwanden. Der Diebstahl wurde erst entdeckt, als die Kassiererin zurückkehrte. Die braungefärbte Kassetten, die einen Nickelgriff hat und etwa 25 x 20 x 15 Zentimeter groß ist, enthält außer einigen Schecks und Wechseln zwei Notizen zu je 50 Dollar und eine Note zu 100 Dollar. Es dürfte den Räubern nicht leicht werden, die ausländischen Noten ohne weiteres zu wechseln. Die Nummern der Schecks und Wechsel wurden sofort gesperrt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß die Kassetten kurze Zeit nach dem Raube

Das Kundhaus von Wilmersdorf.



Im Süden von Wilmersdorf, und damit im Zentrum des südwestlichen Berlin ist mit dem Beba-Filmopalast „Atrium“ ein Bauwerk entstanden, das der modernen Baukunst große Ehre macht und das berufen ist, in seinem Innern mit Film, Sprechbühne und Bühnenschauspiel das vielfältige Ansehen darstellender Kunst zu spiegeln. Die Gesamtpläne sind von dem Architekten Friedrich Lipp entworfen und von der Theaterbaufirma Heilmann u. Littmann ausgeführt worden. Die Anlage des Baues ist an der Kaiserallee und der Berliner Straße gab Anlaß zu der in den letzten Jahren in Berlin ungemein beliebt gewordenen Rundung der Front. Das Haus tritt auf diese Weise von der Straße zurück und bildet einen bedeutenden Vorplatz, der, da es sich bei dem Wechsel der Vorführung um ein Hin und Her von etwa 4000 Personen handelt, sehr erwünscht ist. Es entsteht eine besonders in den Abendstunden außerordentlich festliche Wirkung, wenn die in edlen schlichten Formen gehaltene Front, von Scheinwerfern indirekt beleuchtet, aus dem Dunkel der Umgebung aufsteht. Auch im Innern hat man nicht so sehr den Eindruck eines Kinos als vielmehr den eines regulären Theaters. Und dieses Theater, das über 2000 Personen faßt, wird wahrscheinlich, wie einstmal das Bayerische Festspielhaus und das Münchener Prinzregententheater, die Aufmerksamkeit der Theaterfachwelt im höchsten Maß erregen, denn es hat ein verhältnismäßig kleines Parkett und einen weit vorgezogenen ersten Rang, der aber als Erweiterung des Parketts gedacht ist, sich jederzeit erweitern und in einem Halbkonk von Logen enden. Während alle Parterre in einem lebenswarmen saften Rot gehalten sind, weist der Zuschauerraum das Farbenspiel von Rot, Silber und Gold auf. Viel Gewicht wurde auf die gute Be- und Entlüftung des Hauses gelegt, um einen etwa siebenfachen Gesamtluftwechsel in der Stunde zu gewährleisten. Im Gegensatz zu den bisherigen Ausführungen wird die warme Luft in das Parterre

unter dem Rang eingepreßt, um Juglutterfahrungen durch Ueberdruck zu verhindern. Im Sommer dient diese Anlage als Kühlanlage, die, mit Dion- und Luftfiltervorrichtung ausgestattet, die Lufttemperatur um etwa 10 Grad herabsetzen soll. Das Orchester, das zurzeit 55 Musiker unter Leitung des jungen Dresdener Kapellmeisters Ullrich beherbergt, ist verfahrenbar angelegt. Die Bühne, die einen Bühnenausschnitt von 13 x 9 Meter hat (das Filmbild wird eine Größe von 4 x 6 Meter haben), enthält einen Kuppelhorizont und zwei hohe Seitenbühnen, die außerordentlich schnelle Verwandlungen infolge ihrer Anlage ermöglichen. Rechts und links vom Orchester sind zwei unsichtbare Orgeln angeordnet. Eine technisch leicht und schnell durchzuführende Verwandlung ermöglicht zugleich Konzertaufführungen im größten Maßstabe durch Zusammenfassung von Bühne, Orchester und Orgel. Die Feuerlöscher sind in einem Umfang gewährleistet worden wie selten in einem Theater. Von zehn vorhandenen Treppenanlagen führen allein vier unmittelbar ins Freie.

Betritt man den Zuschauerraum, so wird man von einem Anblick gefesselt und überrascht, wie ihn Berlins Theater bisher nicht zu vergeben hatten: Ein riesiger Plafond im Durchmesser von 25 Meter, in blau-schwarzen irrisierenden Farben gehalten, wird von etwa 100 verborgenen Scheinwerfern indirekt beleuchtet, ein wunderbar sanft erregender Anblick. Der aus der Unrast und dem Lärm der Straße Kommende wird unmerklich in eine festliche, fast weibliche Stimmung gezogen. Diesem Raum und diesem Theater kann man dieses hohe Lob erteilen: Es rafft die Menschen zusammen, es wirkt gemeinschaftsbildend. In allem hat ein reiches Maßhalten gewaltet, aber in einem hat man sich verkehrswunderlichen Luxus gestattet: im Licht. Dieses Haus glänzt durch die Nacht wie ein märchenhaftes Kristallhaus auf dunklem Meeresgrund.

in der Nähe des Gesundbrunnens leer wieder gefunden wurde. Die Diebe sind etwa 16 und 22 Jahre alt, doch fehlt eine nähere Beschreibung. Mitteilungen über das Auftauchen der Dollarsnoten erbittet der 3. Kriminalbezirk der Kriminalinspektion Kreuzberg.

Kokainrezepte für Händler.

Ein Arzt unter Anklage.

Die Polizei behauptet, es gäbe in Berlin eine geringe Anzahl von Ärzten, die ihre Pflicht, den Mitmenschen zu helfen, so weit vergessen, daß sie aus deren Unglück ein Geschäft machen. Sie verschreiben Kokain, ohne sich darum zu kümmern, ob dies Gift nicht von Händlern an Kokschnupper weitergegeben werde. Die Polizei glaubt diese wenigen Ärzte zu kennen. Gehörte aber der 52 Jahre alte Spezialist für Tuberkulose, der sich im In- und Auslande auf seinem Gebiete mit Erfolg auch literarisch betätigt hat, zu diesen Ausnahmen? Der Polizeiarzt Dr. Bromberg zeigte sich der Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte geneigt, die Frage zu bejahen; Professor Straßmann war aber anderer Ansicht und rettete somit seinen Kollegen vor einer Verurteilung.

Es handelte sich um folgendes: Eines Abends erschien bei dem Doktor A., der in der Münzstraße seine Wohnung hatte, ein Mann, der ihn äußerst erregt darum bat, ihm ein Kokainrezept auszustellen; er sei Schnupper, seinen ständigen Koks aufzusuchen könne er nicht mehr, da es dazu zu spät sei, er müsse aber unter allen Umständen Kokain haben. Er bat so flehentlich, seine körperliche Untersuchung ergab so trübe Symptome dafür, daß es sich in diesem Falle wirklich um einen Kokschnupper handle, daß Dr. A. ihm ein Kokain verschrieb. Das Honorar betrug 2 M. Nun sprach es sich aber in der Münzstraße herum: Dr. A. verschreibt Kokainrezepte. Und die Kokainbedürftigen kamen. Schnupper und Händler, nicht selten waren auch die Händler selbst Schnupper. Dr. A. unterwarf sie mehr oder weniger sorgfältig und verschrieb ihnen das Gift. Vom 31. Dezember 1925 bis zum 24. März 1926 hatten ihn elf verschiedene Leute aufgesucht, denen er 49 Rezepte ausgehändigt hatte; einem einzigen davon zehn Rezepte über je zwei Gramm. Die Polizei war aber erstaunt, bei den Verhaftungen der Händler festzustellen, daß sich zu den ihr bereits bekannten Namen von Kokain verschreibenden Ärzten noch derjenige des Dr. A. hinzugesetzt hatte. Sie verhaftete ihn unter der Anklage, daß er gegen § 2 des Opiumgesetzes verstoßen habe. Der alte Herr mußte eine wenig angenehme Nacht im Polizeipräsidium verbringen und hatte sich nun vor einigen Tagen vor dem Richter zu verantworten. Prof. Straßmanns Gutachten bedeutete für ihn die Rettung: Das Medizinalkollegium der Provinz Brandenburg, so führte er aus, habe sich in der letzten Zeit auf den Standpunkt gestellt, daß Karkottas, die aus prophylaktischen Gründen verschrieben werden, als Heilmittel zu betrachten seien. Es sei nicht anzunehmen, daß Dr. A., der für seine Rezepte Honorare unter der vorgeschriebenen Tage nahm, sie aus gemätschlichen Motiven verschrieben habe. Der Staatsanwalt beantragte 500 M. Geldstrafe. Das Gericht ersparte dem Angeklagten zwar nicht den Vorwurf, unvorsichtig gehandelt zu haben, sprach ihn jedoch gemäß dem Gutachten Prof. Straßmanns frei.

Razza in der Danziger Straße.

Einen überraschenden Besuch von Kriminalbeamten erhielt gestern ein Lokal in der Danziger Straße. Die Beamten hatten beobachtet, daß viele Personen, die sich nicht getrauten, das Lokal aufzusuchen, in diesem Lokal Unterschlupf fanden und zum Teil dort auch übernachteten. Kurz nach 9 Uhr erschienen Beamte der Streife Nord. Wer von den anwesenden Gästen sich nicht genügend ausweisen konnte, mußte den Weg zur Wache in der El-

binger Straße antreten. Es ergab sich die statistische Anzahl von 50 Männern und 7 Frauen, die keine Papiere bei sich hatten. 13 Männer und 2 Frauen wurden dem Polizeipräsidium und der Fürsorgestelle eingeliefert.

Disziplinarverfahren gegen Pfarrer Schnoor.

Aus dem evangelischen Konsistorium erfährt der Evangelische Pressedienst amtlich: „Das Konsistorium hat gegen Pfarrer Schnoor in Königshof das Disziplinarverfahren eröffnet, aber nicht wegen des gegen ihn ausgesprochenen Verdachtes, sondern zur Untersuchung der sonst gegen ihn erhobenen Vorwürfe.“

Eine Untersuchung wegen Verdachtes kann selbstverständlich das Konsistorium nicht ausführen, das ist Sache der Kriminalpolizei.

Keine Stahlhelme im Saalbau Friedrichshain. Der Inhaber des bekannten Saalbaues Friedrichshain, Ernst Liebing, bittet uns, mitzuteilen, daß die von einem kommunistischen Sensationsabendblatt gebrachte Meldung, der Stahlhelmtag findet in seinem Lokal statt und er beherberge auch Teilnehmer der Tagung, nicht den Tatsachen entspricht.

Die politische Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei bespricht im Cestereichs-Deutschen Volksbund am Freitag, dem 8. April, abends 8 Uhr, im Reichstag, Saal O 1, Cingana Portal 5, Dr. Josef Starf (Anwalt der österreichischen und deutschen Gesellschaft in Prag). Eintritt frei!

Wieder ein Erdbeben in Japan.

Paris, 2. April. (WIB.) Den Zeitungen wird aus Tokio berichtet, ein heftiges Erdbeben sei gestern vormittag gegen 6 Uhr in ganz Westjapan verheerend worden, und zwar in den gleichen Gegenden, die Anfang März durch schwere Erdstöße verwüstet wurden. Die Bewohner seien panikartig geflüchtet. Verluste an Menschenleben werden jedoch nicht gemeldet.

Antike Möbel bei Gerson.

Die Firma Gerson fährt uns in einer Möbelausstellung in die Zeit des 18. Jahrhunderts in Frankreich. Die Möbelkunst des damaligen Frankreich, die Formensprache französischer Königsstille, galt von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis in die neuere Zeit wiedererwachten Stilmüllens als leuchtendes Vorbild. Ein Salon à la Louis XVI., zierliche Damensekretärs aus Belschenholz, all die zarten Schränkchen, Birnen, Kommoden Régence mit ihrer lapruisförmigen, mannigfaltigen Art der Verarbeitung galten als der Begriffs vornehmen Mobiliars. In tausendfachen Wiederholungen und allen möglichen Variationen wurden Kopien hergestellt. Natürlich ging hierbei manch seine Rüanierung verloren, denn in der Kopie spiegelte sich der Geschmack der betreffenden Epoche und es waren in der Hauptsache die reich beladenen, goldverzierten Prunkmöbel der großen Schlösser, die für die besten Schöpfungen gehalten und kopiert wurden. Die schlichten, zarten Möbel, deren Reiz in der Harmonie der Linienführung, der ungenau feinen, phantastischen Ausführung bis in die kleinsten Details bestand, wurden ganz in den Hintergrund gedrängt. Und gerade sie wirken äußerst apart und haben in mancher Beziehung oft sogar etwas Gemeinsames mit unserer Geschnackrichtung von heute. Die Ausstellung bietet in ihrer Reizhaftigkeit der Objekte viel Interessantes. Es handelt sich durchwegs um signierte Originale berühmter Meister ihres Faches, deren kunstvolles Handwerk sich durch Generationen weiter vererbte. Ein Stück wahrhaft alter Kultur, das einem unwillkürlich Wateausche Malerei und Mozartsche Musik wieder erleben läßt, mit all ihrem Zauber lapruisförmiger Lebendigkeit und vorwöhrter Lebensbejahung. Eine grelle Antihype draußen stellt uns flugs wieder auf feste Beine.

Neues Werden.

Wohl auf keinem Gebiete der Arbeiterbewegung macht sich in der letzten Zeit ein solches Drängen nach neuen Betätigungsformen, nach neuen Wegen bemerkbar wie auf dem Gebiete der Kulturbewegung. Diese Tatsache veranlaßt uns, alle Erscheinungen auf diesem Gebiete eingehender zu verfolgen als es bisher geschehen konnte und den Erörterungen und Berichten über proletarische Kulturarbeit in einer von nun ab wöchentlich erscheinenden Beilage

„Kulturarbeit“

Raum zu geben.

Dem oberflächlichen Beobachter mag es scheinen, als ob den verschiedenartigen Zweigen der Arbeiterkulturbewegung eine übertriebene Bedeutung beigemessen werde. Wer aber mitten in der proletarischen Massenbewegung steht und die Empfindungen und Gedanken jener breiten Kreise kennt, die sich aus der niederdrückenden Not der Gegenwart zu einem freien Menschentum emporzurichten suchen, der weiß, daß gerade auf kulturellem Gebiete jene neuen Gemeinschaftszellen sich bilden, jene neuen Ströme des Erkennens und Wollens entstehen, die berufen sind, frische, fräftige Antriebe in die Arbeiterbewegung hineinzutragen.

Die bürgerlichen Parteien, die jetzt in ihrer übergroßen Mehrzahl in der Front der Kulturreaktion marschieren, sorgen selber dafür, daß das Interesse für Kulturfragen, das eine Zeitlang durch die Fragen der Politik und Wirtschaft zurückgedrängt war, wieder in den breitesten Kreisen der Arbeiterschaft erwacht. War es schon im alten Kaiserreich so, daß die Freiheit der Wissenschaft, Literatur und Kunst, die Freiheit des kulturellen Schaffens, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft unbeugsame, konsequente Verteidigung fand, so tritt auch jetzt mehr und mehr zutage, daß die sozialistische Arbeiterschaft die stärkste Vorkämpferin in dem Abwehrkampf ist, der in der Republik gegen die Dunkelmänner und Mucker geführt werden muß, die auf Schleichwegen die in der Verfassung garantierten kulturellen Freiheiten zu zertrümmern suchen. Der

„Sozialistische Kulturbund“

der im vorigen Jahre als Spitzenorganisation aller proletarischen Kulturorganisationen gebildet wurde, hat durch seine energischen Aktionen im Kampf gegen das Schund- und Schmutzgesch wie jetzt auch gegen das „Lustbarkeitsgesetz“ bewiesen, daß in der Arbeiterbewegung der feste Wille lebt, der herausziehenden Welle der Kulturreaktion entgegenzuwirken. Es sind aber nicht allein diese durch die innerpolitische Situation entstandenen Notwendigkeiten, die die Arbeiterschaft zwingen, sich in viel stärkerem Maße als bisher mit Kulturfragen zu befassen. Nicht minder stark wirkt sich in den letzten Jahren, allerdings noch nicht in genügend umfassendem Maße, die Notwendigkeit aus, durch Verstärkung der proletarischen Bildungsarbeit und durch Klärung der neuen Probleme, die überall entstanden sind, die Arbeiterschaft in den Stand zu setzen, ihren Gegnern auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit genügender Schärfe entgegenzutreten. Auch hier sind es in erster Linie die praktischen Aufgaben des Kampfes auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, die die vorwärtstrebenden Elemente der Arbeiterklasse zwingen, ihren geistigen Horizont zu erweitern und sich mit sachlichem und sachlichem Wissen auszurüsten, um ihren Gegnern geistig gemessen zu sein und die oft komplizierten und schwierigen Aufgaben in Staat, Gemeinde, Wirtschaft, Kulturarbeit usw. ausführen zu können.

Dieses Streben nach besserer geistiger Ausrüstung und tieferer wissenschaftlicher Erkenntnis herrscht allerdings nur in jenen verhältnismäßig kleinen Kreisen der Arbeiterschaft vor, die berufen sind, verantwortliche Funktionen in der Arbeiterbewegung auszuüben. Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß in der breiteren Masse kein Drang nach Wissen und nach stärkerer kultureller Betätigung vorhanden ist. Auch hier sind die mannigfaltigsten Bestrebungen bemerkbar, sie haben nur noch nicht jenes einheitliche Gepräge gefunden, das sie aus den oft chaotisch anmutenden Strömungen der Gegenwart zu einem großen einheitlichen Strom zusammenführt. Hier die nötigen Grenzlinien zu ziehen und die besten Wege ausfindig zu machen, ist eine der schwierigsten Aufgaben, die der proletarischen Kulturarbeit in den nächsten Jahren bevorstehen. Es kann bei der Lösung dieser Aufgabe nicht übersehen werden, daß in breiten Kreisen der proletarischen Bevölkerung, vor allen Dingen bei den

Frauen und Jugendlichen,

starke Gefühlsmomente zu berücksichtigen sind, die geweckt werden müssen, um die große Masse fester als bisher mit dem Sozialismus und dem proletarischen Befreiungskampfe zu verbinden. Die Rückständigkeit und Einseitigkeit des Tageskampfes, der so manchem nur als ausbreitender Kampf um kleine Verbesserungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet erscheint, hat viele in das Lager der Gleichgültigen und Unaktiven getrieben. Die Unkenntnis der schwierigen und komplizierten Verhältnisse, die die Arbeiterklasse auch in der demokratischen Republik zu überwinden hat, hält nicht wenige Männer und Frauen, die nach ihrer ganzen Lebenslage zu uns gehören, fern von der sozialdemokratischen Bewegung. Alle diese Elemente, die unerschöpfliche Reserven für unsere Bewegung bergen, können nur gewonnen werden, wenn durch umfassende Kulturarbeit auf allen Gebieten und durch Verbindung dieser Arbeit mit den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen das Seelen- und Geistesleben der proletarischen Masse in stärkster Weise erfaßt und beeinflusst wird. In dieser Richtung zeigen sich in der Arbeiterkulturbewegung die erfreulichen Ansätze. Überall wird intensiv gearbeitet. Namentlich durch die

Jugendbewegung

geht ein frischer Zug. Die mächtig aufblühende Kinderfreundbewegung pflanzt die Keime sozialistischer Empfindens und eines neuen Gemeinschaftslebens in die Seelen der Kinder, schürt sie vor den Gefahren der Verrohung und Verwahrlosung, denen sie in der Enge und Not des proletarischen Daseins ausgesetzt sind. Die sozialistische Arbeiterjugend schützt die heranwachsende Generation, stärkt ihren Geist und Körper, lehrt sie jene enge Kameradschaft üben, die Voraussetzung erfolgreicher Gemeinschaftsarbeit ist. Die jugendsozialistischen Gruppen bieten den geistig mehr interessierten jungen Parteigenossen die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung und theoretischen Klärung. Die sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen schaffen überall freudig mit, wo es gilt, die junge Generation in sozialistischem Sinne zu

schulen und die Angriffe auf die freie Schule abzuwehren. Die Arbeiterfänger und -sportler werben auf ihrem Gebiet. Die Volkstheaterbewegung sorgt ihrerseits dafür, daß in der proletarischen Bevölkerung das Verständnis für neue Formen der dramatischen Kunst sowie die Pflege der besten Traditionen im Theaterwesen Boden finden. Partei und Gewerkschaften bemühen sich durch ihre wissenschaftlichen und künstlerischen Veranstaltungen, daß das Bedürfnis nach Kursen, Vorträgen und Feiern, die eine besondere sozialistisch-proletarische Note tragen, befriedigt wird. So sind zahlreiche Kräfte am Werke, die gemeinsam auf dasselbe Ziel hinarbeiten, gemeinsam das Kulturstreben des Proletariats unterstützen, ihm neue Wege des Erkennens und Empfindens weisen und aus den Reihen der heranwachsenden Generation jene

„neuen Menschen“

heranzuholen suchen, die an die Stelle der Alten treten sollen. Was dieser vielgestaltigen Bewegung heute noch fehlt, ist die größere organisatorische Einheitlichkeit und stärkere innere Geschlossenheit. Dieses Ziel kann nicht von heute auf morgen erreicht werden. Es wird aber verwirklicht werden, wenn die in der Kulturbewegung tätigen Genossen zu der Erkenntnis gelangen, daß die notwendige Ökonomie der Kräfte nur durch enge Zusammenarbeit erzielt werden kann. Erst dann wird die Arbeiterkulturbewegung neben der politischen und wirtschaftlichen Bewegung gleichwertige Beachtung finden und der gesamten Arbeiterbewegung jene neuen Kräfte zuführen, die sie zur Verwirklichung ihrer großen menschheitsbefreienden Aufgaben braucht.

Die Berliner Arbeiterkulturbewegung.

Von Richard Weimann.

Der Gedanke der Arbeiterbildung hat in Berlin schon frühzeitig Gehalt gewonnen in der von Wilhelm Liebknecht im Jahre 1891 gegründeten Arbeiterbildungsschule, die wohl das älteste sozialistische Bildungsinstitut in Deutschland ist. Neben dieser Einrichtung, deren Bedeutung für die Berliner Arbeiterbewegung unbestritten ist, begann eine planmäßige Pflege der Arbeiterbildung erst in den letzten Jahren vor dem Kriege durch den damals errichteten Bezirksbildungsausschuß für Groß-Berlin, der von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam unterhalten wurde. Dieser Ausschuß gab für das Jahr 1913 und 1914 je einen Leitfaden für die Bildungsarbeit in Groß-Berlin heraus, der den ersten ernsthaften Versuch darstellte, das Berliner Arbeiterbildungswesen auf eine gemeinsame Linie zu bringen und diese Linie klar und eindeutig herauszuarbeiten. Der Krieg hat diese hoffnungsvolle Arbeit zerstört und das Berliner Arbeiterbildungswesen in einen Zustand unheilvoller Zersplitterung zurückgeworfen. Erst die vor etwa Jahresfrist erfolgte Gründung des Berliner Arbeiterkulturratels erneuert, wenn auch noch sehr zaghaft, den Versuch, eine Zusammenfassung der Kräfte vorzunehmen und der Arbeiterkulturbewegung damit die ihm fehlende innere Kraft und Äußere Wirkung zu geben.

In keiner Stadt sind so günstige Bedingungen für die Arbeiterkulturbewegung zu finden wie in Berlin. Kräfte und Mitarbeiter sind für alle Bildungsaufgaben ausreichend vorhanden, große Massen wohnen dichtgedrängt zusammen. Aber es fehlt die Ruhrmachung all dieser Kräfte und Energien für die sozialistische Kulturarbeit, es fehlt die Mobilisierung der Massen. Es ist erschreckend, wie gleichgültig breite Arbeiterkreise noch allen Angelegenheiten der Kultur, mag es sich nun um Schul- und Erziehungs- oder um die eigentlichen Arbeiterbildungsfragen handeln, gegenüberstehen. Diese Massen zu aktivieren, in ihnen ein sozialistisches Kulturbewußtsein zu wecken, ist eine unserer dringendsten Aufgaben.

Hinter dem Arbeiterkulturratel stehen die großen Organisationen der Berliner Arbeiterschaft mit ihren Massen von Mitgliedern. Aber in den kulturellen Veranstaltungen ist von diesen Massen noch wenig zu spüren. Selbst wenn die proletarischen Feiertage in großen Schauspielhäuser ein volles Haus aufweisen, kann von einer wirklichen Anteilnahme der Massen, wenn man an die Hunderttausende Berliner Arbeiter denkt, noch keine Rede sein. Warum sollte es aber nicht gelingen, durch ein Zusammenwirken aller Organisationen einmal ein sozialistisches Volksfest

ins Leben hinein!

Morgenfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin am Sonntag, dem 3. April, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Kottbusstraße. — Einlaß 10.15 Uhr. Eintritt 0,50 M.

in großem Stil durchzuführen? Oder eine Maßnahme zu veranstalten, die sich nicht zersplittert in viele Einzelveranstaltungen, sondern den geschlossenen Aufmarsch der proletarischen Massen sieht? Solche Veranstaltungen im Großen, deren Träger die breiten Schichten des werktätigen Volkes sind, müßten von starker Wirkung sein, würden die Bedeutung der sozialistischen Idee noch außen manifestieren und den einzelnen um so fester mit der sozialistischen Bewegung verbinden.

Für diese Veranstaltungen müssen neue Formen, muß ein neuer Inhalt gefunden werden. Die proletarischen Feiertage deuten die Linie an, wenn sie auch noch Form und Inhalt noch keineswegs befriedigen. Was an eigener Schöpferkraft in der Arbeiterschaft lebt, was an Eigenwertigkeit (vom Sprechchor bis zum Massenfestspiel) in den einzelnen Kulturorganisationen vorhanden ist, das bedarf der Förderung und muß mehr zur Geltung kommen. Wir sollten dringend darauf hinwirken, uns von der überkommenen Form der Feste, die die Besucher zum passiven Zuhörer und Zuschauer zwingt, loszulösen und die Massen nicht nur stärker zum eigenen Miterleben, sondern darüber hinaus zum aktiven Mitwirken zu erziehen.

Ueberhaupt wird die sozialistische Kulturbewegung sich stärker öffentlich bemerkbar machen müssen. Mit steigendem Erfolg werden bereits in anderen großen Orten öffentliche Kulturtagungen, ja sogar Kulturwochen veranstaltet, die neben der Stellungnahme zu wichtigen kulturellen Problemen auch praktisch durch Darbietungen jeder Art die Kulturaktivität der Arbeiterbewegung veranschaulichen. Diese Veranstaltungen, die selbstverständlich sorgfältiger Vorbereitung bedürfen und darum nicht allzu oft stattfinden können, geben Rechenschaft über den Stand unserer Kulturarbeit, veranlassen zur Selbstkritik, legen aber auch vor der Öffentlichkeit Zeugnis ab von dem starken Kulturwillen in der Arbeiterbewegung.

Auch auf dem Gebiet der geistigen Schulung der Arbeiterschaft ist noch vieles zu tun. Obwohl die beiden Bildungsschulen in Berlin, die Gewerkschafts- wie auch die Arbeiterbildungsschule im letzten Jahr einen erfreulichen Zuwachs an Hörern verzeichnen können, und obwohl auch die im vorigen Jahre gegründete Freie Sozialistische Hochschule mit ihren Vortragsreihen und Seminaren lebhaften Anklang gefunden hat, muß das Interesse der Arbeiterschaft für eine systematische sozialistische Schulung noch viel mehr geweckt werden. Das Hauptaugenmerk ist hierbei auf die jüngere Generation zu richten. In diesem Zusammenhang würde ein engeres Hand-in-Handarbeiten mit der Jugendbewegung in Frage kommen. Vor allem aber sind die beiden Schulungsstätten zu einem Lehrgebäude auszubauen, das durch einen organischen Aufbau eine systematische und methodische Ausbildung der Hörer ermöglicht, das aber auch auf eine gründliche Spezialausbildung der wichtigsten Funktionärgruppen der Arbeiterbewegung Wert legt. Gleichzeitig wäre zu begrüßen, wenn die wertvollen geistigen Kräfte, die in den beiden Schulen und im Bildungswesen tätig sind, stärker für die gesamte Arbeiterbewegung nutzbar gemacht würden. Die Veranstaltungen der Partei wie auch der übrigen Arbeiterorganisationen würden dadurch eine wertvolle Belebung und Bereicherung erfahren.

Daneben seien nur angedeutet die Vereinfachung und der Ausbau der Arbeiterbüchereien, die Mitarbeit am Rundfunk, die Auswertung des Films für die Arbeiterbewegung, um neben vielen anderen nur einige der wichtigsten Aufgaben zu nennen, die unsere Beachtung verdienen.

Diese Fülle der Aufgaben verlangt gebieterisch, daß eine stärkere Zusammenfassung der kulturellen Organisationen und Kräfte in Berlin erfolgt. Es bedarf der Schaffung einer wirklich leistungsfähigen Arbeiterkulturzentrale für Berlin, die vom Vertrauen der gesamten Arbeiterbewegung getragen ist und der sozialistischen Kulturarbeit Ziel und Richtung gibt. Der Sozialistische Kulturbund, der als zentrale Spitzenorganisation gegründet worden ist, wird seine großen Aufgaben nicht erfüllen können, wenn nicht auch in den bedeutsamen Kulturzentren des Reiches, vor allem in Berlin, eine geschlossene sozialistische Kulturbewegung geschaffen wird, die ihm die organisatorische und ideale Grundlage für seine Tätigkeit gibt.

China von einst und heute.

In der Brauerei Wilmers in Pankow hielt gestern abend Genosse Dr. Bienstock einen Vortrag über das China von einst und heute an Hand einer großen Anzahl von Lichtbildern, die vom Reichsbildungsausschuß zusammengestellt worden waren. Immer muß man daran denken, so führte der Redner aus, daß die Chinesen auf eine vieltausendjährige Kultur zurückblicken. Davon zeugt auch die berühmte chinesische Mauer, die vor Jahrhunderten gegen die Einfälle der umwohnenden Barbaren errichtet worden ist. Aber diese Mongolen und Tungusen sind chinesisiert worden, und der gleiche Assimilationsprozeß hat sich auch bei den Mandchus abgepielt, die im 17. Jahrhundert eingedrungen sind und die letzte Dynastie des chinesischen Kaiserreiches stellten. Viel gefährlicher für China aber ist der Einbruch der „weißen Teufel“ gewesen, erst der Portugiesen, dann der Engländer, Franzosen, Amerikaner und Deutschen. Welche hohe Entwicklung zeigt nicht die Baukunst des alten China, die freilich im Gegensatz zur Gotik eine Holzbauskunst gewesen ist: Und von hoher Kultur zeugt auch die Lehre Konfuzius, der im sechsten Jahrhundert vor Christus lebte und nicht eigentlich eine Religion, sondern eine Moral verkündete. Betrachtet man die berühmte Totenstraße der Ming-Dynastie, so sehen wir eine „Siegesallee“, viel viel würdevoller und schöner als die von Berlin. China ist heruntergekommen durch die Korruption seines Herrscherhauses und seiner Verwaltung. Daher ist auch heute der Weg vom Bettler zum Räuber, vom Räuber zum Soldaten und vom Soldaten zum General so leicht. Während die Eisenbahnen in China noch nicht ausgebaut sind, ist das uralte Wasserstraßennetz Bewunderungswert.

Im zweiten Teil seines Vortrages führte Genosse Bienstock in das China von heute. Der Kampf Kantons, so sagte er, richtet sich im Grunde gegen die ausländischen Unternehmungen und Konzessionen, die einen Staat im Staate darstellen und eine eigene Gerichtsbarkeit haben, der sogar die Chinesen unterworfen waren. Der Stichtag dieser großen historischen Umwälzung war der 30. Mai 1925, als zum erstenmal in Schanghai von den Engländern Chinesenblut vergossen wurde und der englische Kommissar das zum propagandistischen Schlagwort gewordene: „Shoot to kill“, „Schießen, um zu töten“, sprach. Die chinesischen Marschälle wie Tchangschin, Wupifu, der gerissene „christliche“ Feng und Tchangschungtschong, kommen erst in zweiter Linie. Unsere ganzen Sympathien, so schloß der Redner, stehen auf Seiten des chinesischen Befreiungskampfes vom ausländischen Joch!

Arbeiterjäger in der Garnisonkirche.

Der Männerchor Fichte-Georgia gab als Beethovens-Gedenkfeier in der Garnisonkirche in der Reuen Friedrichstraße ein Konzert. Unter der Leitung des Dirigenten Wilhelm Knöchel wurden sehr gut ausgeführte Männerchöre gesungen. Das Lambino-Quartett, eine unserer besten Streicher-vereinigungen, bot Beethovens herbes Streichquartett in C-moll, op. 18 in vollendetester Ausführung, später Schuberts D-Moll-Quartett. Godfried Zilander, der Cellist der Lambino-Vereinigung, trug zu der schönen Veranstaltung noch zwei Cellofeste bei, die Organist Otto Priebe an der Orgel begleitete. Außerdem gab es an diesem Abend zwei Erkaufführungen. Kompositionen des Chordirigenten Knöchel. Ein Männerchor in Verbindung mit Sprechchor war interessant durch seinen Willen zu neuen Wegen, die aber Arme sehr dürrten. Ein Sprechchor, der klar stand und unbetont durchaus nicht für die Sprechereitend geschaffene Sätze in den Chorengang hineinbrachte, schaffte keine Stimmung, sondern zerstört sie. Eine erfreulichere Gabe für Männerchöre dürfte dagegen die Lebensmelodie zum Text von Richard Dehmel darstellen, aus der ein Bruchstück geboten wurde. Das Werk ist, soweit man nach dem Gehörten urteilen kann, eine recht stimmungsvolle, durchaus als Chorwerk empfindende Komposition, die allerdings nicht ganz leicht zu singen ist. Der tüchtige, stimmlich sehr saubere Chor Fichte-Georgia brachte sie in einwandfreier Aufführung. Les.

Die Freidenker-Jugendhilfe der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände findet am Sonntag, dem 3. April, vorm. 10 Uhr, für Reußen Stein-Ring-Palast, Hermannstr. 49, statt. Karten a 60 Pf. sind in allen Zahlstellen der Reichsleitung und an der Kasse zu haben.

Das Bezirksjugend- und Wohlfahrtsamt Danksauer Berg veranstaltet einen Vortragstag für Mitglieder der Wohlfahrtsvereinigungen, freiwillige Helfer und Mitarbeiter der freien Jugendhilfe. Der erste Vortrag findet am 1. April, 8 Uhr, im Saal der Bezirksverwaltung des Bezirkes amtes Danksauer Berg, Danksauer Straße 64, statt. Teilnahmekosten: 20 Pf. (einschl. Essen). „Sozialversicherung (Kranken- und Invalidenversicherung).“

